

193

Memorial
des
Großherzogthums Luxemburg.



MÉMORIAL
DU
GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG.

Erster Theil.

Acte der Gesetzgebung **N^o 28.**
und der allgemeinen Verwaltung.

PREMIÈRE PARTIE.

ACTES LEGISLATIFS
ET D'ADMINISTRATION GÉNÉRALE.

Montag, 10. Dezember 1855.

LUNDI, 10 décembre 1855.

König-Großherzoglicher Beschluß vom 29ten
November 1855, betreffend die Feststel-
lung eines Disciplinar- und eines Pensions-
Reglements für die Beamten der Zollver-
waltung.

Wir Wilhelm III, von Gottes Gnaden,
König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau,
Großherzog von Luxemburg, ic., ic., ic.

Haben,

In Gemäßheit des Art. 2 des Gesetzes vom
23. Januar 1854 über den Anschluß des Groß-
herzogthums Luxemburg an den deutschen Zoll-
verein,

Beschlossen und beschließen :

Art. 1.

Die gegenwärtigem Beschlusse beigefügten Dis-
ciplinar- und Pensionsreglements für die Beam-
ten der Zollverwaltung in Unserem Großherzog-
thum Luxemburg treten mit dem Tage ihrer
Bekanntmachung, unter Aufhebung aller ent-
gegenstehenden Bestimmungen, in Wirksamkeit.

Art. 2.

Die Bestimmungen des Disciplinar-Reglements
finden auf die im wirklichen Dienst befindlichen,
Erster Theil.

Arrêté royal grand-ducal du 29 novembre 1855,
concernant l'introduction de règlements re-
latifs à la discipline et aux pensions des em-
ployés de l'administration des douanes.

Nous GUILLAUME III, par la grâce de Dieu, Roi
des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc
de Luxembourg, etc., etc., etc.

En conformité de l'art. 2 de la loi du 23 janvier
1854, concernant l'accession du Grand-Duché de
Luxembourg à l'Union douanière allemande,

Avons arrêté et arrêtons :

Art. 1^{er}.

Les règlements concernant la discipline et les pen-
sions des employés de l'administration des douanes
dans Notre Grand-Duché de Luxembourg, et an-
nexés au présent arrêté, entreront en vigueur à par-
tir du jour de leur publication. Toutes dispositions
contraires sont abrogées.

Art. 2.

Les dispositions du règlement de discipline seront

28

so wie auf die zur Disposition gestellten Beamten Anwendung.

Art. 3.

Rücksichtlich der vertragsmäßig durch die Königlich Preussische Regierung präsentirten Beamten bleibt die Anwendung des Pensions-Reglements so wie der Art. 45 bis 56 inclus. des Disciplinar-Reglements ausgeschlossen.

Art. 4.

Gegenwärtiger Beschluß soll nebst den ihm anliegenden Reglements in das Memorial eingetragen werden.

Luxemburg, den 29. November 1855.

Für den König-Großherzog :

Sein Statthalter im Großherzogthum,

Heinrich,

Prinz der Niederlande.

Der Gen.-Administrator der Finanzen,
L. J. E. Servais.

Durch den Prinzen,
Der Sekretär,
G. d'Olimart.

applicables aux employés en service effectif, comme aux employés mis en disponibilité.

Art. 3.

Le règlement sur les pensions et les articles 45 à 56 inclusivement du règlement de discipline, resteront sans application à l'égard des employés présentés, en conformité des traités, par le Gouvernement royal de Prusse.

Art. 4.

Le présent arrêté, ainsi que les règlements y annexés, seront insérés au Memorial.

Luxembourg, le 29 novembre 1855.

Pour le Roi Grand-Duc,

Son Lieutenant-Représentant dans le Grand-Duché,

HENRI,

PRINCE DES PAYS-BAS.

Par le Prince,

L'Adm.-gén. des finances, Le Secrétaire,
L. J. E. SERVAIS. G. D'OLIMART.

Disciplinar-Reglement.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen über Dienstvergehen und deren Bestrafung.

Art. 1.

Ein Beamter, welcher

1. die Pflichten verletzt, die sein Amt ihm auferlegt, oder
2. sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt, unterliegt den Vorschriften dieses Reglements.

Dienstvergehen.

Art. 2.

Ist eine der unter Art. 1 fallenden Handlungen — Dienstvergehen — zugleich in den allgemeinen Strafgesetzen vorgesehen, so können die durch dieselben angedrohten Strafen nur auf Grund des gewöhnlichen Strafverfahrens von denjenigen Gerichten ausgesprochen werden, welche für die gewöhnlichen Strafsachen zuständig sind.

Bestrafung der durch das allgemeine Strafgesetz vorgesehenen Dienstvergehen.

Art. 3.

Im Laufe einer gerichtlichen Untersuchung darf gegen die Angeschuldigten ein Disciplinar-Verfahren wegen der nämlichen Thatfachen nicht eingeleitet werden.

Wenn im Laufe eines Disciplinar-Verfahrens, wegen der nämlichen Thatfachen eine gerichtliche Untersuchung gegen die Angeschuldigten eröffnet wird, so muß das Disciplinar-Verfahren bis zur rechtskräftigen Erledigung des gerichtlichen Verfahrens ausgesetzt werden.

Einfluß der gerichtlichen Untersuchungen auf das Disciplinar-Verfahren.

Art. 4.

Wird in Folge der gerichtlichen Untersuchung das Verfahren niedergeschlagen oder auf Freisprechung erkannt, so bleibt das Disciplinar-Verfahren rücksichtlich derjenigen Thatfachen ausgeschlossen, welche durch die richterliche Entscheidung für nicht bestehend oder unerwiesen erklärt worden sind.

Einfluß der gerichtlichen Entscheidungen auf das Disciplinar-Verfahren.

Dagegen bleibt es der competenten Behörde vorbehalten, auch nach ergangener richterlicher Entscheidung noch die Einleitung des Disciplinar-Verfahrens zu verfügen,

1. wenn die Entlassung des Beschuldigten ohne Angabe von Gründen oder nur deshalb erfolgt ist, weil die angeschuldigten Thatfachen nicht unter die Anwendung des Strafgesetzes fallen,
2. wenn nur auf Niederschlagung oder vorläufige Einstellung des Verfahrens (non-lieu) erkannt worden ist, später aber neue Beweismittel beigebracht werden,
3. im Falle der Verurtheilung, wenn die erkannte Strafe nicht bereits von Gesetzes wegen den Verlust des Amtes nach sich zieht.

Art. 5.

Verlust des Amtes
in Folge gerichtlicher
Verurteilung.

Ist von dem gewöhnlichen Strafrichter auf eine Kriminalstrafe — auf eine Freiheitsstrafe von längerer als einjähriger Dauer — auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder auf Stellung unter Polizei-Aufsicht erkannt, so zieht das Straferkenntnis den Verlust des Amtes, Titels und Pensionsanspruches von selbst nach sich, ohne daß darauf besonders erkannt wird.

Art. 6.

Unerlaubte Abwesenheit vom Amte
und deren Folgen.

Ein Beamter, welcher sich ohne den vorschriftsmäßigen Urlaub von seinem Amte entfernt hält, oder den erteilten Urlaub überschreitet, ist, wenn ihm nicht besondere Entschuldigungsgründe zur Seite stehen, für die Zeit der unerlaubten Entfernung seines Dienst Einkommens verlustig.

Die Entziehung des Dienst Einkommens wird von derjenigen Behörde verfügt, welche den Urlaub zu erteilen hat, vorbehaltlich des Rekurses an die höhere Behörde, nach Maßgabe des Artikels 18 gegenwärtigen Reglements.

Art. 7.

Dauert die unerlaubte Entfernung länger als acht Wochen, so hat der Beamte die Dienstentlassung verwirkt.

Ist der Beamte dienstlich aufgefordert worden, sein Amt anzutreten oder zu demselben zurückzukehren, so tritt die Strafe der Dienstentlassung schon nach fruchtlosem Ablauf von vier Wochen seit der ergangenen Aufforderung ein.

Art. 8.

Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen unerlaubter Entfernung vom Amte und die Dienstentlassung vor Ablauf der im Art. 7 festgestellten Fristen, ist nicht ausgeschlossen, wenn sie durch besonders erschwerende Umstände als gerechtfertigt erscheint.

Art. 9.

Die Dienstentlassung kann nur im Wege des förmlichen Disziplinarverfahrens ausgesprochen werden. Sie wird nicht verhängt, wenn sich ergibt, daß der Beamte ohne seine Schuld von seinem Amte fern gewesen ist.

Art. 10.

Disziplinarstrafen.

a) Ordnungsstrafen.

Die Disziplinarstrafen bestehen in
Ordnungsstrafen,
Entfernung aus dem Amte.

Art. 11.

Ordnungsstrafen sind :

1. Warnung,
2. Verweis,
3. Geldbuße,

4. Gegen untere Beamten, nämlich Grenzaufseher, Amtsdienner und Gewichtseher, Arreststrafe auf die Dauer von höchstens acht Tagen, welche in dem, bei dem Hauptzollamte hierzu eingerichteten Lokale zu vollziehen ist.

Art. 12.

Die Entfernung aus dem Amte kann bestehen,

b) Entfernung aus dem Amte.

1. in Verfehung in ein anderes Amt von gleichem oder geringerem Range, mit Verminderung des Dienst Einkommens und Verlust des Anspruchs auf Umzugskosten, oder mit einem von beiden Nachtheilen.

2. Dienstentlassung.

Diese Strafe zieht den Verlust des Titels und Pensionsanspruches von selbst nach sich. Auf diese Folgen der Dienstentlassung wird nur dann besonders erkannt, wenn zur Zeit der Entscheidung das Amts-Verhältniß bereits aufgehört hat und daher auf Dienstentlassung nicht mehr zu erkennen ist.

Art. 13.

Welche der in den Artikeln 11 und 12 bestimmten Strafen anzuwenden sei, ist nach der größeren oder geringeren Erheblichkeit des Dienstvergehens, mit Rücksicht auf die sonstige Führung der Angeschuldigten zu ermessen, unbeschadet der besonderen Bestimmungen in Artikel 6 und 7.

Allgemeine Bestimmungen über die Anwendung der Disciplinarstrafen.

Art. 14.

Eine Kumulation der Disciplinarstrafen findet nicht statt. Jedoch wird durch die Festsetzung einer Ordnungsstrafe die Befugniß der competenten Behörde zur Anordnung des Verfahrens auf Entfernung aus dem Amte, nicht ausgeschlossen.

Art. 15.

Hatte ein Beamter, welcher in Folge der Art. 5 oder 12 sein Amt verliert, bereits Anspruch auf Pension, so bleibt es dem König Großherzog vorbehalten, die Pensionsrechte ganz oder theilweise wieder aufleben zu lassen.

Beim Disciplinar-Verfahren ist die entscheidende Behörde ermächtigt, in abgesondertem Berichte die Umstände darzulegen, welche eine solche Begnadigung befürworten können.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Verfahren bei Ordnungsstrafen.

Art. 16.

Jeder Dienstvorgesetzte ist zu Warnungen und Verweisen gegen seine Untergebenen befugt.

Art. 17.

In Beziehung auf die Verhängung von Strafen ist die Befugniß der Dienstvorgesetzten begrenzt wie folgt:

- a) der Ober-Inspektor bei dem Hauptzollamte kann gegen alle ihm untergeordneten Beamten, Geldstrafen bis zu 3 Thalern und außerdem gegen die in Artikel 11, unter 4 bezeichneten Beamten, Arreststrafe bis zu 3 Tagen festsetzen.
- b) Die Zoll-Direction ist ermächtigt, gegen alle Beamte ihres Ressorts, mit Ausnahme des Zollraths, Geldbußen bis zu 30 Thaler, gegen besoldete Beamte jedoch nicht über den Betrag eines monatlichen Gehaltes, und gegen die in Artikel 11, unter 4 bezeichneten Beamten, auch Arreststrafen bis zu 8 Tagen auszusprechen.
- c) Der General-Administrator der Finanzen kann gegen alle Beamte der Zoll-Verwaltung, inclusive der Mitglieder der Zolldirection, Geldstrafen bis zum Betrage eines

Befugniß der einzelnen Behörden zur Erkennung von Ordnungsstrafen.

monatlichen Gehaltes, gegen unbeforderte Beamte bis zum Betrage von 30 Thaler und ferner gegen die in Artikel 11, unter 4 bezeichneten Beamten Arreststrafen bis zu 8 Tagen erkennen.

Art. 18.

Rekurs gegen Ordnungsstrafen.

Die betroffenen Beamten können innerhalb einer präklusivischen Frist von 10 Tagen, gegen die durch den Ober-Inspector erkannten Strafen an die Zolldirection rekurriren. Gegen die durch die Zolldirection erkannten Strafen kann innerhalb derselben Frist, seitens der durch Preußen präsentirten Beamten an das Königlich-Preussische Finanzministerium, seitens der anderen Beamten an den General-Administrator der Finanzen der Rekurs ergriffen werden.

Gegen die von dem General-Administrator der Finanzen ausgehenden Strafverfügungen ist innerhalb derselben Frist der Rekurs an das Conseil der General-Administratoren zulässig.

Dritter Abschnitt.

Von dem Verfahren auf Entfernung aus dem Amte.

Art. 19.

Der Entfernung aus dem Amte muß ein förmliches Disciplinar-Verfahren vorhergehen. Der Zollrath unterliegt in dieser Hinsicht den für die Beamten der übrigen Zweige der kgl.-großherzoglichen Verwaltung bestehenden oder zu erlassenden Bestimmungen.

Rücksichtlich aller sonstigen Beamten der Zollverwaltung besteht das Disciplinar-Verfahren in der von einem Kommissar zu führenden schriftlichen Voruntersuchung und in einer mündlichen Verhandlung nach den folgenden näheren Bestimmungen.

Art. 20.

Anordnung des Disciplinarverfahrens.

Die Einleitung des Disciplinar-Verfahrens wird verfügt und der Untersuchungs-Kommissar ernannt:

1. Rücksichtlich des Zolldirectors, durch den General-Administrator der Finanzen, oder das Königlich-Preussische Finanzministerium.
2. Rücksichtlich aller anderen Beamten, durch die Zolldirection oder durch den General-Administrator der Finanzen.

Art. 21.

Voruntersuchung.

In der Voruntersuchung wird der Angeschuldigte unter Mittheilung der Anschuldigungspunkte vorgeladen und, wenn er erscheint, gehört; es werden die Zeugen eidlich vernommen und die zur Aufklärung der Sache dienenden sonstigen Beweise herbeigeschafft.

Bei der Vernehmung des Angeschuldigten und dem Verhöre der Zeugen, ist ein verdigter Protokollführer zuzuziehen.

Art. 22.

Verweisung vor die Disciplinarbehörde.

Nach vollendeter Voruntersuchung werden deren Akten an diejenige Behörde eingesandt, welche dieselbe angeordnet hat.

Diese Behörde verfügt nach den Umständen :

- a. die Bervollständigung der Voruntersuchung, oder
- b. die Einstellung des Verfahrens, oder
- c. die Verurtheilung des Beschuldigten zu einer Ordnungsstrafe, vorbehaltlich des in Artikel 18 gegenwärtigen Reglements vorgesehenen Rekurses, oder endlich
- d. dessen Verweisung vor die Disciplinar-Behörde.

Die ad b und c erwähnten Verfügungen der Zolldirection werden vor ihrer Vollziehung der Genehmigung des General-Administrators der Finanzen unterbreitet, welchem es frei steht, eintretenden Falles an deren Stelle auf Verweisung vor die Disciplinar-Behörde zu erkennen.

Art. 23.

Die auf Verweisung vor die Disciplinar-Behörde lautenden Verfügungen müssen die Thatfachen anführen, auf welchen die Beschuldigung beruht, und werden durch die verfügende Behörde dem Beschuldigten zugestellt, sowie dem Vorsitzer der Disciplinar-Behörde mitgetheilt.

Art. 24.

Rücksichtlich des Zoll-Direktors entscheidet in erster Instanz der Disciplinarhof zu Berlin, und in appellatorio das Königlich-Preussische Staatsministerium, nach den Bestimmungen der Königlich-Preussischen Gesetze.

Rücksichtlich aller übrigen Beamten der Zollverwaltung (mit Ausnahme des Zollraths—Artikel 19) gelten folgende Bestimmungen.

Art. 25.

Entscheidende Disciplinar-Behörde erster Instanz ist das im Großherzogthum zu bildende Disciplinar-Gericht.

Dasselbe besteht aus drei Mitgliedern, nämlich :

Dem Zolldirector, dem Zollrath und einem für 3 Jahre durch den König Großherzog außerhalb der Zollverwaltung hierzu bezeichneten Beamten, dessen Ernennung nach Ablauf der Frist erneuert werden kann.

In Verhinderungsfällen wird der Zolldirector durch den Zollrath, der Zollrath durch den Ober-Inspector oder bei dessen Behinderung durch den Rendanten, das dritte Mitglied durch einen im Voraus durch den König Großherzog ernannten Stellvertreter vertreten.

Jedem Mitgliede steht ein volles Botum zu, und erfolgt der Beschluß durch Stimmenmehrheit.

Den Vorsitz führt der Zolldirector oder dessen Stellvertreter.

Art. 26.

Nach Eingang der die Verweisung vor das Disciplinar-Gericht aussprechenden Entscheidung wird der Angeschuldigte zu einer von dem Vorsitzer anzuberaumenden Sitzung zur mündlichen Verhandlung vorgeladen.

Disciplinarverfahren 1ter Instanz.

a) Zusammensetzung des Disciplinargerichts.

b) Verfahren vor dem Disciplinargerichte.

Art. 27.

Bei der mündlichen Verhandlung, welche in nicht öffentlicher Sitzung stattfindet, gibt zuerst ein von dem Vorsitzenden aus den Mitgliedern des Disciplinar-Gerichts ernannter Referent eine Darstellung der Sache, wie sie aus den Verhandlungen der Voruntersuchung hervorgeht.

Alsdann wird der Angeeschuldigte vernommen und in seinen Vertheidigungsgründen gehört.

Auch steht es demselben frei, eine schriftliche Vertheidigung einzureichen oder zu verlesen.

Wenn der Angeeschuldigte weder erscheint, noch eine schriftliche Vertheidigung einreicht, so wird derselbe zu einer folgenden Sitzung wiederholt vorgeladen, alsdann aber nach Lage der Sache entschieden.

Art. 28.

Wenn das Disciplinargericht auf den Antrag des Angeeschuldigten oder auch von Amts wegen die eidliche Vernehmung eines oder mehrerer Zeugen, sei es durch einen Commisär oder mündlich vor der Behörde selbst, oder die Herbeischaffung anderer Mittel zur Aufklärung der Sache für angemessen erachtet, so erläßt es die erforderliche Verfügung und verlegt nöthigenfalls die Fortsetzung der Sache auf einen andern Tag, welcher dem Angeeschuldigten bekannt zu machen ist.

Art. 29.

Bei der Entscheidung hat das Disciplinargericht, ohne an positive Beweismittel gebunden zu sein, nach seiner freien, aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung zu beurtheilen, inwieweit die Anschulldigung für begründet zu erachten.

Die Entscheidung kann auf eine bloße Ordnungsstrafe lauten.

Art. 30.

Die Entscheidung, welche mit Gründen versehen sein muß, wird in der Sitzung, in welcher die mündliche Verhandlung beendet worden ist, oder in der folgenden Sitzung verkündigt und eine Ausfertigung derselben sowohl dem Angeeschuldigten, als auch binnen 3 Tagen nach der Verkündigung dem General-Administrator der Finanzen, sowie auch rücksichtlich der durch Preußen präsentirten Beamten, dem Königlich-Preussischen Finanzministerium mitgetheilt.

Art. 31.

Ueber die mündliche Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, welches die Namen aller Anwesenden, die wesentlichen Momente der Verhandlung, sowie auch den Inhalt der einzelnen Abstimmungen, jedoch ohne Angabe der Namen, enthalten muß.

Das Protokoll wird von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer unterzeichnet.

Art. 32.

Verufungen gegen die Entscheidung des Disciplinargerichts. Gegen die Entscheidung, auch wenn sie in Abwesenheit des Beschuldigten ergangen ist, steht demselben nur das Rechtsmittel der Berufung offen.

201

Die Berufung muß binnen einer präklusivischen Frist von 14 Tagen, welche, wenn der Angeschuldigte der Verkündigung der Entscheidung beigewohnt hat, vom Tage dieser Verkündigung, andernfalls aber vom Tage der Zustellung der Entscheidung an beginnt, im Sekretariat der Zolldirection mündlich oder schriftlich, in Person oder durch Bevollmächtigten angemeldet werden.

Art. 33.

Gegen die Entscheidung des Disciplinargerichts kann ferner der General-Administrator der Finanzen, so wie auch durch dessen Vermittlung, rücksichtlich der durch Preußen präsentirten Beamten das Königlich Preussische Finanzministerium Berufung einlegen.

Die Berufung des General-Administrators der Finanzen ist binnen einer präklusivischen Frist von 3 Wochen, und die des Königlich Preussischen Finanzministeriums binnen einer präklusivischen Frist von 6 Wochen, vom Tage der Verkündigung an, durch Vermittlung der Zolldirection in deren Sekretariate anzumelden, und alsdann in einer ferneren präklusivischen Frist von 8 Tagen, vom Tage der Anmeldung an, auf Veranlassung der Zolldirection dem betreffenden Beamten zuzustellen.

Art. 34.

Ueber die Berufung entscheidet :

1. hinsichtlich der von Preußen präsentirten Beamten, das Königlich Preussische Staats-Ministerium, nach den Preussischen Gesetzen;
2. hinsichtlich der übrigen Beamten, das Conseil der General-Administratoren, nach den in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen.

Disciplinarverfahren 2ter Instanz.
a. Competente Behörde.

Art. 35.

Zur schriftlichen Rechtfertigung seiner Berufung, respective Vertheidigung auf die gegen ihn gerichtete Berufung, ist dem Beamten eine Frist von 14 Tagen, vom Tage der Anmeldung seiner Berufung, respective der Zustellung der gegen ihn gerichteten Berufung an, gewährt.

b. Verfahren vor dem Conseil.

Dieselbe kann auf seinen Antrag angemessen verlängert werden.

Eine mündliche Verhandlung findet in der Regel vor dem Conseil nicht statt. Doch steht es demselben frei, die Vernehmung des Beamten zu verordnen oder zu bewilligen, sowie auch eine Vervollständigung der Untersuchung, nach Anleitung des Artikels 28 anzuordnen.

Art. 36.

Neue Thatfachen; welche die Grundlagen einer anderen Beschuldigung bilden, können vor dem Conseil gegen den Beamten nicht geltend gemacht werden.

Wenn das Disciplinargericht einstimmig auf Freisprechung des Angeschuldigten oder nur auf Warnung oder Verweis erkannt hat, und auch nach eventueller Mittheilung der etwa bei dem Conseil vorgebrachten neuen Beweismittel sich gutachtlich für die Beibehaltung seiner Entscheidung äußert, so kann das Conseil, wenn es den Angeschuldigten strafbar findet, nicht die Strafe der Dienstentlassung, noch die der Versetzung in ein Amt von geringerem Range, sondern nur eine niedrigere Strafe verhängen.

Erster Theil

28a

Art. 37.

Entscheidungen des Disciplinargerichts oder des Conseils, durch welche die Dienstentlassung oder Versetzung gegen Beamte erkannt wird, deren Ernennung von dem König Großherzog ausgeht, bedürfen der Bestätigung Seiner Majestät.

Art. 38.

Kosten des Disciplinar-Verfahrens.

Der verurtheilte Beamte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen, welche jedoch — wenn die Entscheidung nur auf Ordnungsstrafe lautet — durch die entscheidende Behörde ermäßigt werden können.

Vierter Abschnitt.

Vorläufige Dienstenthebung.

Art. 39.

Fälle und Dauer der Suspension.

Die Suspension eines Beamten vom Amte tritt von Rechtswegen ein :

1. wenn derselbe in gerichtliche Untersuchungs- oder Strafhaft gezogen wird, und zwar auf die Dauer der Haft;
2. wenn gegen denselben eine noch nicht rechtskräftig gewordene gerichtliche Entscheidung erlassen ist, welche auf den Verlust des Amtes lautet, oder denselben nach Art. 5 des gegenwärtigen Reglements nach sich zieht. In diesem Falle dauert die Suspension bis nach eingetretener Rechtskraft der höheren Entscheidung, welche den Beamten entweder freispricht oder zu einer den Verlust des Amtes nicht bedingenden Strafe verurtheilt;
3. wenn im Disciplinar-Verfahren eine noch nicht rechtskräftige Entscheidung auf Dienstentlassung ergangen ist; in diesem Falle dauert die Suspension bis zur Rechtskraft der Disciplinar-Entscheidung.

Art. 40.

Die zur Einleitung der Disciplinar-Untersuchung ermächtigte Behörde kann die Suspension, sobald gegen den Beamten ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet oder die Einleitung einer Disciplinar-Untersuchung verfügt wird, oder auch demnächst im ganzen Laufe des Verfahrens bis zur rechtskräftigen Entscheidung verfügen.

Art. 41.

Folgen der Suspension.

Während der Dauer der Suspension wird die Hälfte des Gehaltes zurückgehalten.

Wird der Beamte freigesprochen, so wird ihm die inne behaltene Hälfte vollständig nachgezahlt.

Wird er nur mit einer Ordnungsstrafe, oder mit einer gerichtlichen, die Dienstentlassung nicht bedingenden Strafe belegt, so ist ihm die inne behaltene Hälfte ohne Abzug der Stellvertretungskosten nachzuzahlen, soweit dieselbe nicht zur Deckung der Untersuchungskosten und Geldbußen erforderlich ist.

Im Falle der Strafhaft, so wie auch wenn das Verfahren die Entfernung aus dem Amte zur Folge hat, geht der Beamte der inne behaltene Hälfte verlustig. Dieselbe ist

203

zu den Kosten, welche durch die Stellvertretung verursacht worden, der etwaige Rest zu den Untersuchungskosten zu verwenden. Einen weiteren Beitrag zu den Stellvertretungskosten hat der Beamte nicht zu leisten.

Erinnerungen über die Verwendung sind unzulässig, jedoch wird auf Verlangen eine Nachweisung darüber ertheilt.

Art. 42.

Wenn Gefahr im Verzuge ist, kann einem Beamten auch von solchen Vorgesetzten, die seine Suspension zu verfügen nicht ermächtigt sind, die Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig untersagt werden; es ist aber darüber sofort an die competente Behörde zu berichten.

Fünfter Abschnitt.

Besondere Bestimmungen in Betreff der Entlassung von Beamten, welche auf Widerruf angestellt sind.

Art. 43.

Zur Probe und auf Widerruf oder Kündigung angenommene, so wie solche Beamte, deren dienstliche Stellung nach den Vorschriften des Pensionsreglements einen Anspruch auf Pension nicht begründet, können ohne förmliches Verfahren von der Behörde entlassen werden, welche deren Anstellung verfügt hat.

Dem auf Grund der Kündigung entlassenen Beamten ist in allen Fällen bis zum Ablauf der Kündigung sein volles Dienst Einkommen zu gewähren.

Sechster Abschnitt.

Verfügungen im Interesse des Dienstes, welche nicht auf Dienstvergehen beruhen.

Art. 44.

Die zur Ernennung befugten Behörden sind berechtigt, ohne besonderes Verfahren, die Versetzung in ein anderes Amt von nicht geringerem Range noch etatsmäßigem Dienst Einkommen auszusprechen. 1. Versetzung in ein anderes Amt.

Dem versetzten Beamten sind die Umzugskosten, jedoch höchstens bis zum Betrag der reglementsmäßigen Sätze zu vergüten.

Als eine Verkürzung im Einkommen ist es nicht anzusehen, wenn die Gelegenheit zur Verwaltung von Nebenämtern entzogen wird, oder die Beziehung der für die Dienstunkosten besonders ausgesetzten Einnahmen, mit diesen Unkosten selbst, fort fällt.

Art. 45.

Beamte, deren Stelle aufgehoben wird, haben Recht auf Wartegeld.

Art. 46.

Dem König Großherzog bleibt es ferner vorbehalten, anstatt der definitiven Quiesci-

2. Einseitige Versetzung in den Ruhestand mit Wartegeld.

204

rung, die einstweilige Versetzung in den Ruhestand mit Gewährung von Wartegeld, in Bezug auf solche Beamte auszusprechen, deren Dienstunfähigkeit zwar anerkannt ist, in Bezug auf welche jedoch Aussicht auf Wiedererlangung der Dienstfähigkeit vorliegt, oder deren Dienstunfähigkeit sich auf das dermalen durch dieselben bekleidete Amt beschränkt.

Art. 47.

Für Beamte, welche weniger als 30 Jahre Dienst haben, besteht das Wartegeld in dem Betrag der für eine Dienstzeit von 30 Jahren — für sonstige Beamte, in dem Betrag der nach der wirklichen Dienstzeit zu berechnenden Pension.

Art. 48.

Der Genuß des Wartegeldes hört auf :

1. wenn der Beamte in den wirklichen Dienst zurücktritt;
2. wenn derselbe das ihm angebotene frühere Amt, oder ein diesem, nach Art. 44 gleich stehendes Amt ausschlägt;
3. wenn derselbe in Gemäßheit der Art. 5 oder 12 gegenwärtigen Reglements seines Amtes verlustig wird;
4. rücksichtlich der in Art. 46 bezeichneten Beamten, wenn dieselben, mit oder ohne Pension, definitiv in den Ruhestand versetzt werden;
5. rücksichtlich sämtlicher Wartegeldempfänger, nach einem Genuß von 5 Jahren.

Nach Ablauf dieser Frist ist der Beamte als definitiv entlassen, respective quiescirt zu betrachten, vorbehaltlich seiner etwaigen Ansprüche auf Pension.

Art. 49.

Wartegeldempfänger sollen bei Wiederbesetzung erledigter Stellen, für welche sie sich eignen, vorzugsweise berücksichtigt werden.

Art. 50.

3. Gänzliche Versetzung in den Ruhestand. Ein Beamter, welcher durch Blindheit, Taubheit, oder ein sonstiges körperliches Gebrechen, oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zu der Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist, soll in den Ruhestand versetzt werden.

Art. 51.

Im Falle der gerichtlichen Interdiction wird die Versetzung in den Ruhestand ohne weiteres Verfahren, jedoch vorbehaltlich der etwaigen Pensionsansprüche, durch die zur Ernennung befugte Behörde ausgesprochen.

Art. 52.

Liegt eine gerichtliche Entscheidung nicht vor, und sucht der für dienstunfähig erachtete Beamte nicht selbst die Versetzung in den Ruhestand nach, so läßt ihm der General-Administrator der Finanzen eröffnen :

- a. daß, und aus welchem Grunde der Fall seiner Versetzung in den Ruhestand vorliege;
- b. ob, und eintretendenfalls bis zu welchem Betrag er Anspruch auf Pension habe.

Art. 53.

Ist dem Beamten ein Anspruch auf Pension zuerkannt, so kann er binnen 6 Wochen nach der betreffenden Eröffnung, seine Einwendungen rücksichtlich der behaupteten Dienstunfähigkeit, so wie des Betrages der Pension bei dem Conseil der General-Administratoren anbringen.

Nach erfolgter Entscheidung, respective nach Ablauf der Fristen, wird eintretendenfalls die Versetzung in den Ruhestand, unter gleichzeitiger Normirung der Pension, durch Königlich-Großherzoglichen Beschluß ausgesprochen.

Art. 54.

Wenn dem Beamten ein Anspruch auf Pension nicht zuerkannt wird, so kann derselbe wider seinen Willen, nur im Wege des Disciplinar-Verfahrens, nach Anleitung der Art. 25—38, gegenwärtigen Reglements, in den Ruhestand versetzt werden.

Art. 55.

Ungeachtet des in den beiden vorstehenden Artikeln vorbehaltenen Rekurses, respective Verfahrens, kann der Beamte von dem General-Administrator der Finanzen der weiteren Amtsverwaltung vorläufig enthoben werden.

Art. 56.

Beamten, welche einstweilig oder definitiv in den Ruhestand versetzt worden, wird das volle Gehalt noch für den Monat fortgezahlt, welcher auf den Monat folgt, in welchem die betreffende Entscheidung mitgetheilt worden ist.

Siebenter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 57.

Durch die Bestimmungen gegenwärtigen Reglements wird in der Befugniß der Aufsichtsbeamten, im Aufsichtswege Beschwerden Abhülfe zu verschaffen, oder Beamte zur Erfüllung ihrer Pflichten in einzelnen Sachen anzuhalten, und dabei Alles zu thun, wozu sie nach den bestehenden Verordnungen ermächtigt sind, nichts geändert.

Art. 58.

Die in den Bestimmungen gegenwärtigen Reglements erwähnten Aufforderungen, Mittheilungen, Zustellungen und Vorladungen sind gültig und bewirken den Lauf der Fristen, wenn sie demjenigen, an den sie ergehen, unter Beobachtung der für gerichtliche Insinuationen vorgeschriebenen Formen in Person zugestellt, oder wenn sie in seiner letzten Wohnung an dem Orte insinuirt werden, wo er seinen letzten Wohnsitz im Inlande hatte.

Die vereideten Verwaltungs-Beamten haben dabei den Glauben der Gerichtsvollzieher.

Art. 59.

Die nach den Bestimmungen gegenwärtigen Reglements von dem General-Administra-

tor der Finanzen, der Zollverwaltung oder sonstigen Beamten der Zollverwaltung erlassenen Strafverfügungen, Verweisungen zum Disciplinarverfahren, Berufungen und sonstigen Anordnungen oder geführte Voruntersuchungen können keine Einwendung gegen die Be-theiligung der betreffenden Beamten an den Entscheidungen der Disciplinar-Behörden begründen.

Art. 60.

In den nach den Vorschriften gegenwärtigen Reglements zur Entscheidung des Conseil der General-Administratoren gelangenden Fällen, erfolgt die Entscheidung nach Stim-menmehrheit.

Bei Stimmengleichheit ist die Berufung, respective Einwendung verworfen.

Art. 61.

Bei den von dem General-Administrator der Finanzen, respective dem Conseil der General-Administratoren ausgehenden Entscheidungen bleibt :

- a. in den durch Art. 17 c), 18 letzter Absatz, und 22 b) und c) vorgesehenen Fällen, — rücksichtlich sämtlicher von Preußen präsentirter Beamten,
- b. in den durch Art. 22 d) und 40 vorgesehenen Fällen, — rücksichtlich des Zolldirek-tors, und
- c. in den durch die Art. 52 und 54 vorgesehenen Fällen — rücksichtlich derjenigen Be-
amten, deren Ernennung der Zolldirektion zusteht (Schlußprotokoll zum Vertrag
vom 26—31 Dezember 1853 3°)

die vertragmäßige Mitwirkung des Königlich-Preussischen Finanzministeriums vorbe-halten.

Gehört zum Königlich Großherzoglichen Beschlusse vom 29. November 1855 Nr. 931.

Der Cabinets-Sekretär ic.

G. d'Almart.

Inhalts-Verzeichniß.

1. Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen über Dienstvergehen und deren Bestrafung.	Art. 1—15
2. Abschnitt. Von dem Verfahren bei Ordnungsstrafen.....	" 16—18
3. Abschnitt. Von dem Verfahren auf Entfernung aus dem Amte.....	" 19—38
4. Abschnitt. Vorläufige Dienstenthebung.....	" 39—42
5. Abschnitt. Besondere Bestimmungen in Betreff der Entlassung von Beamten, welche auf Widerruf aufgestellt sind.....	" 43
6. Abschnitt. Verfügungen im Interesse des Dienstes, welche nicht auf Dienst- vergehen beruhen.....	" 44—56
7. Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.....	" 57—61

Pensions-Reglement.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1.

Amtsverbindungen, für welche kein Gehalt, sondern nur eine Remuneration (Indemnität) bewilligt ist, so wie solche, deren Dauer durch die Natur des Geschäfts oder durch ausdrückliche Bestimmung auf eine bestimmte Zeit eingeschränkt, oder durch den Vorbehalt des Widerrufs oder der Kündigung bedingt ist, und solche Stellen im Zolldienste, welche dem Beamten eines andern Dienstzweiges nur als Nebenamt übertragen werden, gewähren keinen Anspruch auf Pension. Amtsverbindungen, welche den Pensionsanspruch begründen oder ausschließen.

Art. 2.

Ein Beamter, welcher vor Eintritt der durch die Reglements vorgeschriebenen Bedingungen seine Stelle niederlegt, oder entlassen, respective quiescirt wird, hat keinen Anspruch auf Pension.

Art. 3.

Jede Pension fängt von dem Tage an, an welchem das bisher bezogene Gehalt oder Bartegeld aufhört. Art der Pensionszahlung.

Die Pensionen werden vierteljährlich, postnumerando, ausbezahlt.

Jede rückständige Pensionszahlung, welche nicht in den 6 ersten Monaten nach Ablauf des Rechnungsjahres, auf welches sie sich bezieht, reklamirt wird, ist verjährt, vorbehaltlich des Rechtes des Königs-Großherzogs, von dieser Verjährung zu befreien.

Art. 4.

Kein Pensionnirter kann ohne Ermächtigung des Königs-Großherzogs seinen Wohnsitz ins Ausland verlegen, bei Strafe des Verlustes der Pension. Niederlassung im Ausland.

Im Falle der Ermächtigung kann dem Betheiligten ein Abzug von der Pension auferlegt werden.

Art. 5.

Eine Pension kann nicht mit einem Gehalt zu Lasten des Staates kumulirt werden, es sei denn, daß beide zusammen den Betrag von 637 $\frac{1}{2}$ Franken (170 Lhr.) nicht übersteigen. Suspension oder Reduction der Pension, beim Wiedereintritt in den Staatsdienst.

Wenn der Pensionnirte eine Stelle erhält, deren Einkommen 637 $\frac{1}{2}$ Franken (170 Lhr.) beträgt oder übersteigt, so wird die Pension ganz eingezogen.

Wenn das Gehalt mit der Pension zusammengerechnet 637 $\frac{1}{2}$ Franken (170 Lhr.) übersteigt, so wird die Pension bis zum Betrage eines Gesamteinkommens von 637 $\frac{1}{2}$ Fr. (170 Lhr.) herabgesetzt.

Die Einziehung, respective Herabsetzung der Pension tritt mit dem Tage, an welchem das neue Einkommen beginnt, in Wirksamkeit. Sie hört auf mit dem Tage, an welchem das neue Einkommen wegfällt.

Auf einfache Remunerationen (Indemnitäten), welche nach Art. 1 des gegenwärtigen Reglements einen Anspruch auf Pension nicht begründen, finden vorstehende Bestimmungen keine Anwendung.

Art. 6.

Berechnung der Pension im Falle des Wiedereintritts in den Staatsdienst, oder des Uebertritts in einen andern Dienstzweig.

Wenn der Pensionnirte in ein, den Anspruch auf Pension begründendes Zollverwaltungs- oder sonstiges Amt wieder eintritt und dasselbe wenigstens ein Jahr lang bekleidet, so wird bei seiner abermaligen Pensionirung — je nach der für ihn günstigeren Hypothese — entweder die Pension nur mit Rücksicht auf das letzte Amt und nach Maßgabe der für dasselbe geltenden Bestimmungen berechnet, oder der Beamte erhält den Genuß seiner früheren Pension zurück, mit Hinzurechnung einer der neuen Dienstzeit, nach den für das letzte Amt geltenden Bestimmungen, entsprechenden Vermehrung.

Art. 7.

Wenn ein Beamter, welcher bereits 15 Jahre Dienst hat, aus der Zollverwaltung in einen andern Verwaltungszweig übertritt, oder vice-versa, oder wenn ein solcher Beamter, anders als in Folge eines Dienstvergehens, in ein geringer dotirtes Amt eintritt, so wird bei seiner Pensionirung in der im vorigen Artikel angegebenen Weise verfahren, auch wenn bei dem Uebertritt eine Regulirung der aus dem früheren Dienstverhältniß entsprechenden Pensionärberechtigung nicht stattgefunden hat.

Art. 8.

Aufhören der Pension im Todesfall.

Die Pensionen erlöschen mit dem Todestage des Betheiligten.

Art. 9.

Verlust der Pension in Folge von Strafen.

Der Pensionnirte geht seiner Pension verlustig, wenn er zu einer der in Art. 5 des Disciplinar-Reglements erwähnten Strafen verurtheilt wird. Der Verlust tritt ein mit dem Tage, an welchem die Entscheidung rechtskräftig geworden ist.

Dem König-Großherzog bleibt es vorbehalten, die Pension ganz oder theilweise wieder aufleben zu lassen.

Art. 10.

Ein Pensionnirter, welcher sich in zuchtpolizeilicher Strafhaft befindet, geht für deren Dauer seiner Pension verlustig.

Dem König-Großherzog bleibt es vorbehalten, über den verfallenen Pensionstheil ganz oder theilweis zu Gunsten der Frau und Kinder des Verurtheilten zu verfügen.

Art. 11.

Pensionsrechte der ehemaligen Theilhaber an der caisse de retraite.

Die Pensionärberechtigung der Beamten, respective derer Wittwen und Waisen, der Betrag der Pension, so wie die Beiträge zum Pensionsfonds richten sich:

1. für die Beamten, welche vor dem 23. Juni 1839, Theilhaber an der caisse de retraite waren, nach den Bestimmungen des Reglements vom 29. Mai 1822;

2. für die übrigen Beamten, nach den in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen.

Zweiter Abschnitt.

Besondere Bestimmungen.

Art. 12.

Recht auf Pension hat:

1. nach 40 Jahren Dienst, ein Beamter, welcher 65 Jahre alt ist,
2. nach 15 Jahren Dienst, ein Beamter, dessen Stelle aufgehoben worden, oder welcher dienstunfähig geworden ist,
3. ohne Rücksicht auf Dienstalter, ein Beamter, welcher in Folge von Wunden, die er in Ausübung oder auf Anlaß der Ausübung seines Amtes erhalten, oder in Folge eines unter denselben Umständen erlittenen Unfalls, oder in Folge persönlicher Aufopferung im allgemeinen Interesse oder zur Rettung eines Menschenlebens, dienstunfähig geworden ist.

Pensionsberechtigung.

Art. 13.

Dem König-Großherzog bleibt es vorbehalten, nach einer Dienstzeit von 5 Jahren auch solchen Beamten eine Pension zu bewilligen, deren Dienstunfähigkeit von Ausübung ihrer Amtsverrichtungen herrührt.

Art. 14.

Die Dienstunfähigkeit respective deren Ursachen, müssen durch Certificat zweier Aerzte, von denen einer wenigstens Mitglied des Medizinal-Collegiums oder Kantonalarzt, constatirt, und außerdem durch die Zolldirection, sowie auch, rücksichtlich der dem Ober-Inspector untergeordneten Beamten, durch diesen anerkannt sein.

Feststellung der Dienstunfähigkeit und deren Ursachen.

Ist diese Anerkennung erfolgt, so steht die Dienstunfähigkeit, respective deren Ursachen zu Gunsten des Beamten fest.

Im Falle der Meinungsverschiedenheit zwischen Zolldirection und Ober-Inspector, oder wenn diese beiden Behörden dem ärztlichen Certificat ihrer Anerkennung verweigern — gehört die Entscheidung dem General-Administrator der Finanzen, vorbehaltlich des Rekurses an das Conseil der General-Administratoren, innerhalb einer präklusivischen Frist von 6 Wochen, vom Tage der Eröffnung an den beteiligten Beamten ab.

Art. 15.

Bei Berechnung der Dienstzeit kommt nur diejenige Zeit in Betracht, welche der Beamte wirklich:

Berechnung der Dienstzeit.

1. in einem nach den Vorschriften gegenwärtigen Reglements den Anspruch auf Pension begründenden Amte der Zollverwaltung — sei es auch anfänglich nur auf Probe oder Kündigung —
2. in einem anderen, vom Staate oder von der ehemaligen Provinz besoldeten Civil- oder Militärdienst, welcher nach den für denselben bestehenden Vorschriften den Anspruch auf Pension begründet —

Erster Theil.

3. im Supernummerariat der Zollverwaltung oder eines anderen Verwaltungszweiges, nach vollendetem 18. Lebensjahr, — und

4. in Disponibilität mit Bartegeld —
zugebracht hat.

Die unter den früheren Regierungen geleisteten Dienste zählen für die Zeit, während welcher das Großherzogthum von denselben abhängig war.

Bei Berechnung der Dienstzeit wird die Zeit, welche weniger als sechs Monate, von Datum zu Datum, beträgt, nicht berücksichtigt; die Zeit von 6 Monaten und darüber zählt für ein volles Jahr.

Ob eine Vermehrung der Dienstzeit mit Rücksicht auf Kampagnen zu bewilligen sei, ist nach den für den Militärdienst bestehenden oder zu erlassenden Bestimmungen zu beurtheilen.

Art. 16.

Betrag der Pension.

Die Pension beträgt den 10. Theil des letzten Gehaltes, plus 1/80tel desselben Gehaltes für jedes zur Anrechnung kommende Dienstjahr.

Bei fünfzigjähriger Dienstzeit beträgt dieselbe 3/4 des letzten Gehaltes.

In dem unter Nr. 3 des Art. 12 vorgesehenen Falle bleibt es dem König-Großherzog vorbehalten, eine Vermehrung der wirklichen Dienstzeit bis um 10 Jahre zu bewilligen.

Die Pension kann in keinem Falle 3/4 des Gehaltes übersteigen, und soll in keinem Falle weniger als 1/4 des Gehaltes, noch weniger als 225 Franken (60 Thlr.) betragen.

Art. 17.

Unterstützung der Wittwen und Waisen.

Die Wittwen und Waisen derjenigen Zollbeamten, welche nicht vor dem 23. Juni 1839 Theilhaber an der caisse de retraite waren, haben kein Recht auf Pension, noch auf Reversion der Pension.

Jedoch steht es den in den Zolldienst übertretenden Beamten, welche wenigstens 10 Jahre, ein, den Pensionsanspruch der Wittwen und Waisen begründendes Amt bekleidet haben, frei, diese Berechtigung ihren Frauen und Kindern zu erhalten, mittels Entrichtung der betreffenden Abzüge, oder — sofern dieselben in den Beamten-Pensions-Abzügen mit einbegriffen sind — mittels Entrichtung der Hälfte dieser Globalabzüge. Auch bleibt die spätere Errichtung einer Wittwen und Waisenkasse — ohne Belastung des Staatsschatzes — vorbehalten.

Art. 18.

Zur Unterstützung der nicht pensionsberechtigten Wittwen und Waisen wirklicher oder pensionirter Zollbeamten, so wie zur Ansammlung eines Kapitals für die zu errichtende Wittwen- und Waisenkasse, dient der nach § 61 des Zollstrafgesetzes gebildete Fonds.

Die über ein Jahr kapitalisirten Einnahmebeträge sollen nicht mehr zu laufenden Unterstützungen angegriffen werden.

Die Verwaltung des Fonds, sowie die Bewilligung der Unterstützungen erfolgt, nach dem hierüber besonders erlassenen Reglement, vorbehaltlich etwaiger Modification durch den General-Administrator der Finanzen.

Art. 19.

Die Beamten, welche ein zur Pension berechtigendes Amt bekleiden, erleiden zu Gunsten des Pensionsfonds von ihrem fixen Gehalt einen Abzug, welcher Beiträge zum Pensionsfonds.

1. bei einem Gehalt bis 1500 Franken (400 Thaler) — ein Prozent,
2. bei einem Gehalt von über 1500 Franken (400 Thlr.) bis 3750 Fr. (1000 Thlr.) $1\frac{1}{2}$ % und
3. bei einem Gehalt über 3750 Franken (1000 Thlr.) bis zu diesem Betrage $1\frac{1}{2}$ %, und für das Weitere 2 % — beträgt.

In diesen einzelnen Abstufungen werden die Prozentsätze nur von 50 zu 50 Thaler (Franken 187 50) berechnet, so daß das, was unter $187\frac{1}{2}$ Franken (50 Thlr.) oder zwischen $187\frac{1}{2}$ und 375 Franken (50 und 100 Thaler) ist, nicht zur Berechnung kommt. Denselben Abzug haben die auf Wartegeld gesetzten Beamten zu erleiden.

Art. 20.

Ferner hat jeder Beamte, welcher ein zur Pension berechtigendes Amt erhält, den 12. Theil des damit verknüpften jährlichen Gehaltes an den Pensionsfonds abzulassen.

Auch ist von allen Gehaltserhöhungen der Betrag des ersten Monats für den Pensionsfonds zurückzubehalten.

Beamte, welche aus einem anderen Verwaltungszweig in den Zolldienst übertreten, oder, nachdem sie regelmäßig ausgeschieden waren, in denselben wieder eintreten, haben nur diesen letzten Beitrag, sofern das neue Amt eine Verbesserung gegen das frühere begründet, zu leisten.

Gehört zum Königlich Großherzoglichen Beschlusse vom 29. November 1855 Nr. 931.

Der Kabinetts-Sekretär ic.

G. v'Olmar.

Berechnung der Pension
für einen Gehalt von 900 Franken (240 Thaler.)

Zahl der Dienstjahre.	Betrag der Pension.		Verhältniß der Pension zum Gehalt.		Zahl der Dienstjahre.	Betrag der Pension.		Verhältniß der Pension zum Gehalt.	
	Franken.	Thlr.				Franken.	Thlr.		
12	225 00	60	20/80	4/16 ($\frac{1}{4}$)	32	450 00	120	40/80	8/16 ($\frac{2}{4}$)
13	236 25	63	21/80		33	461 25	123	41/80	
14	247 50	66	22/80		34	472 50	126	42/80	
15	258 75	69	23/80		35	483 75	129	43/80	
16	270 00	72	24/80	5/16	36	495 00	132	44/80	9/16
17	281 25	75	25/80		37	506 25	135	45/80	
18	292 50	78	26/80		38	517 50	138	46/80	
19	303 75	81	27/80		39	528 75	141	47/80	
20	315 00	84	28/80	6/16	40	540 00	144	48/80	10/16
21	326 25	87	29/80		41	551 25	147	49/80	
22	337 50	90	30/80		42	562 50	150	50/80	
23	348 75	93	31/80		43	573 75	153	51/80	
24	360 00	96	32/80	7/16	44	585 00	156	52/80	11/16
25	371 25	99	33/80		45	596 25	159	53/80	
26	382 50	102	34/80		46	607 50	162	54/80	
27	393 75	105	35/80		47	618 75	165	55/80	
28	405 00	108	36/80	8/16 ($\frac{2}{4}$)	48	630 00	168	56/80	12/16 ($\frac{3}{4}$)
29	416 25	111	37/80		49	641 25	171	57/80	
30	427 50	114	38/80		50	652 50	180	60/80	
31	438 75	117	39/80						